



Schrei nach Geld

Staat und Zentralbank wirkten zuletzt als Inflationstreiber. In der Bekämpfung der wiederkehrenden Krisen eines chronisch kranken Systems könnten sie mit ihrem Latein bald am Ende sein

SEITEN 12/13

1.000 Probeabos für den Frieden! Siehe Seite 7

GEGRÜNDET 1947 · DO./FR., 28./29. MÄRZ 2024, NR. 75 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Köpfe umkämpft

Die NATO will Techniken der Propaganda und Manipulation optimieren. Von Sevim Dagdelen

3

Aufarbeitung gefordert

Coronapolitik ist wieder Thema. Rufe nach Enquetekommission und Untersuchungsausschuss

4

Hintermänner gesucht

Anschlag in Moskau: Spekulationen über westliche und ukrainische Drahtzieher

7

Verluste eingefahren

Deutsche Solarindustrie in der Krise. Firma Meyer Burger im sächsischen Freiberg macht dicht

9

Jüdische Stimme soll schweigen

Berlin: Fast 79 Jahre nach Ende der Nazidiktatur sperrt Sparkasse einem jüdischen Verein das Konto und fordert eine Liste seiner Mitglieder an. **Von Annuschka Eckhardt**



TOBIAS SCHWARZ/REUTERS (M)

Fast 79 Jahre nach Ende der Nazidiktatur werden wieder Konten jüdischer Organisationen von deutschen Finanzinstituten gesperrt – vermutlich, um »Antisemitismus zu bekämpfen«. Klingt absurd? Willkommen in der BRD 2024!

Am Dienstag sperrte die Berliner Sparkasse ohne vorherige Rücksprache das Konto des Vereins »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost«, vorgeblich zur Aktualisierung der Kundendaten. In einem Schreiben, das *junge Welt* vorliegt, teilte die Sparkasse dem Vereinsvorstand mit, die Sperrung sei »vorsorglich«, und forderte, dass zahlreiche Vereinsunterlagen bis zum 5. April eingereicht werden müssten – unter anderem eine Liste mit Namen und Anschriften aller Vereinsmitglieder.

Der Zeitpunkt der Kontosperrung wirkt indes nicht zufällig gewählt, denn die »Jüdische Stimme« hat dem von Verbotsforderungen betroffenen

»Palästina-Kongress«, der vom 12. bis 14. April in Berlin stattfinden soll, ihr Konto zur Verfügung gestellt. Die Konferenz wird über Ticketverkäufe und Spenden finanziert, nun ist eine nicht unerhebliche fünfstelligen Spendensumme eingefroren. Der »Palästina-Kongress« möchte öffentliches Bewusstsein für die anhaltenden Völkerrechtsbrüche des israelischen Militärs in Gaza und die Rolle Deutschlands in diesem Krieg schaffen. Die Politik versucht, den Kongress mit allen Mitteln zu boykottieren, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen »importierten Antisemitismus«, als könne so die Geschichte des Wehrmachtsofas eingewaschen werden. CDU-Fraktionschef Dirk Stettner sagte laut *Berliner Morgenpost* vergangenen Donnerstag im Abgeordnetenhaus: »Ein solcher Kongress wäre eine Schande für Berlin«. Er forderte, dass »alles getan werden« müsse, um eine »Judenhassveranstaltung« zu verhindern. Einige Tage zuvor hatte die Berliner

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) mitgeteilt, dass die Behörden den geplanten »Palästina-Kongress« im Blick hätten. Die Berliner Sicherheitsbehörden stünden dazu in engem Austausch.

»Es ist sehr außergewöhnlich, dass ohne Vorankündigung und ohne überhaupt die Unterlagen abzufragen, ein Konto gesperrt wird«, schätzte Rechtsanwalt Ahmed Abed den Fall am Mittwoch im *jW*-Gespräch ein. Die Mitgliederliste mit Namen und Anschriften zu verlangen sei nicht nur ohne Rechtsgrund, sondern auch moralisch für eine deutsche Bank völlig unverständlich. »Ich glaube, dass versucht wird, politisch auf die Sparkasse Einfluss zu nehmen, anders kann ich mir das nicht erklären«, so Abed.

Auf *jW*-Anfrage äußerte sich eine Sprecherin der Berliner Sparkasse, die nicht namentlich erwähnt werden wollte: »Zu einzelnen Kundenbeziehungen äußern wir uns auch aufgrund des Bankgeheimnisses und Datenschut-

zes grundsätzlich nicht«. Immerhin: Zumindest bei Presseanfragen scheint Datensicherheit noch großgeschrieben zu werden.

»Die Repressalien des deutschen Staats gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung eskalieren täglich, sie reichen von Demoverboten bis zu Razzien, und jetzt wurde das Konto eines jüdischen Vereins im Namen der Antisemitismusbekämpfung gesperrt – von der Berliner Sparkasse, einem öffentlich-rechtlichen Finanzinstitut«, sagte Wieland Hoban, Vorstandsvorsitzender der »Jüdischen Stimme« am Mittwoch gegenüber *jW*. Die bedingungslose Unterstützung Israels, die zwar als moralischer Imperativ verkauft werde, aber realpolitischen Zwecken diene, führe zu einer »Entmenslichung von Palästinensern« und einer Kriegserklärung gegen alle, die für sie Gleichheit und Freiheit forderten. »Wer meint, dadurch jüdische Sicherheit zu gewährleisten, täuscht sich gewaltig«, so Hoban.

Mittlerweile 140 Tote nach Anschlag in Moskau



EVGENIA NOVOZHENNA/REUTERS

Moskau. Nach dem Terroranschlag am vergangenen Freitag auf eine Konzerthalle bei Moskau ist die Zahl der Toten auf 140 gestiegen. Ein Verletzter sei in einem Krankenhaus gestorben, teilte die Gesundheitsbehörde des Gebietes Moskau am Mittwoch mit. Insgesamt wurden 360 Menschen verletzt. 80 Opfer des Anschlags werden weiterhin in Kliniken in Moskau und im Umland behandelt, darunter sechs Kinder.

Der »Islamische Staat« (IS) bekannte sich zur Tat. Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, sagte, Gegner Russlands hätten dessen innere Probleme ausnutzen wollen. Es sei versucht worden, Feindschaft zwischen den zwei großen angestammten Religionen Christentum und Islam in Russland zu stiften. »Natürlich können wir das nicht zulassen«, betonte Kirill der Agentur TASS zufolge auf einer Versammlung in Moskau. (dpa/*jW*)

■ Siehe Seite 7

Wirtschaftsminister will weiter aufrüsten

Berlin. Die Bundesregierung hat am Mittwoch mit Vertretern von Rüstungsherstellern beraten. Resultat: Man will gemeinsam weiter aufrüsten. Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) sagte im Anschluss an das Treffen in Berlin, das gemeinsame Ziel sei, die Produktion »hochzufahren«, da die »Weltbedrohungs-lage« sich verändert habe. Darauf müsse reagiert werden. Die »Bedürfnisse« der einzelnen Unternehmen seien allerdings sehr unterschiedlich. Grundsätzlich »brauche« die Industrie »mehr Aufträge«, um die Produktion auszuweiten. Habeck sagte, bei dem Treffen seien »konkrete Arbeitsaufträge« erarbeitet worden. Der Wirtschaftsminister ergänzte, die Rüstungsbranche sei in der EU noch »sehr national ausgerichtet«, Kooperationen daher wichtig. Ein »gemeinsamer Beschaffungsmarkt« sei nun das »Gebot der Stunde«. (Reuters/*jW*)

■ Siehe Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.767 Genossinnen und Genossen (Stand 11.12.2023)
www.jungewelt.de/lpg



BRD-Wirtschaft bleibt im Keller

Fünf Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren Wachstumserwartung für 2024 nach unten

Die BRD-Wirtschaft sei deutlich »angeschlagen«, erklärten die Vertreter von fünf Wirtschaftsforschungsinstituten. Die vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Frühjahrsgutachten korrigierten die »Herbstprognose« der Institute für das laufende Jahr. So soll das BIP der BRD im Jahr 2024 nur um 0,1 Prozent wachsen, nicht wie noch im Herbst vorausgesagt, um 1,3 Prozent. Die Ampel prognostizierte Ende Februar ein 0,2prozentiges Wachstum der Wirtschaftsleistung.

Für 2025 sei wieder ein Wachstum von 1,4 Prozent zu erwarten, »infolge der verzögerten Erholung« stehe dann aber ein Minus von mehr als 30 Milliarden Euro in der Bilanz, erklärten die Ökonomen. So habe »fortwährende Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik« – sprich: Ampelstreit um Entlastungen und Subventionen – die Anlagebereitschaft der Unternehmen »belastet«. Die Investitionen dürften sich 2025 »auf dem Niveau des Jahres 2017« einpendeln.

Der private Konsum – für 2024

»wichtigste Triebkraft« der Konjunktur – habe im Frühjahr »später und weniger dynamisch« angezogen. Trotz einer wachsenden globalen Konjunktur seien die BRD-Exporte zudem wegen einer schwachen Exportnachfrage rückläufig, bei energieintensiven Gütern habe obendrein »die preisliche Wettbewerbsfähigkeit« gelitten. Für 2024 erwarten die Forscher eine Teuerung von 2,3 Prozent.

Als Antreiber solle nun eine »beheutsame Reform« der Schuldenbremse dienen; die gewollte Austerität jedoch

nicht aufgegeben, sondern nach einem Abschnitt ihrer zeitweisen Aussetzung wie zur Coronazeit »stufenweise wieder scharf gestellt« werden. Durch »Anreize für eine höher qualifizierte Zuwanderung« solle die häufig nicht dem Bedarf der Konzerne entsprechende Qualifizierung von Migranten, »insbesondere Geflüchteten«, ausgeglichen werden. Die Zunahme an Beschäftigung gehe dennoch »ausschließlich« auf die Nettozuwanderung zurück.

David Maiwald

■ Siehe Kommentar Seite 8